

**Prof. Volker Wieland, Ph.D.**

Stiftungsprofessor für Monetäre Ökonomie am Institute for Monetary and Financial Stability der Goethe Universität Frankfurt,  
Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

**Neujahrsempfang 19. Januar 2016**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Bouffier,

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Feldmann,

Sehr geehrter Herr Präsident Müller,

Sehr geehrte Unternehmerinnen und Unternehmer,

Meine Damen und Herren,

Ich möchte mich sehr herzlich bei der IHK, bei Präsident Müller und Hauptgeschäftsführer Gräßle für die Einladung als Gastredner bedanken. Frankfurt und seine Umgebung bilden eine äußerst dynamische Wirtschafts- und Finanzmetropole von großer Bedeutung in Europa. Diese Metropole wächst und zieht viele Menschen an. Das ist insbesondere dem Engagement, den Ideen und der Leistung von Ihnen allen, Ihren Kollegen und Ihren Mitarbeitern zu verdanken. Deshalb ist es eine ganz große Ehre und Freude für mich, als einfacher Frankfurter Professor, heute Abend zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Ein Neujahrsempfang ist die ideale Gelegenheit einen Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr und einen Ausblick auf das neue Jahr vorzunehmen. Präsident Müller hat dies bereits vorbildhaft getan. Ich knüpfe einfach an seine Rede an. Mein

Schwerpunkt sind wirtschaftspolitische Weichenstellungen. Und zwar solche die nach Einschätzung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung notwendig sind.

„Eurokrise“ und „Flüchtlingskrise“ sind die Schlagworte, die 2015 die Berichterstattung dominierten. Beide Entwicklungen fordern Deutschland und die Europäische Union, mehr denn je, die Zukunftsfähigkeit ihrer Wirtschaft zu sichern. Der gesetzliche Auftrag des Rates beinhaltet seit 1963 „Fehlentwicklungen und Möglichkeiten, wie diese vermieden oder beseitigt werden können, aufzuzeigen.“ Unabhängig und öffentlich. Deshalb führt unser Jahresgutachten, das wir im November Bundeskanzlerin Angela Merkel übergeben haben, den Titel „Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt“.

Unter dieser Überschrift möchte ich auf **drei Fragen** zur zukünftigen Entwicklung der deutschen und europäischen Wirtschaft eingehen.

1. **Wie soll der Beitrag der Geldpolitik aussehen?** Im Vergleich zu anderen Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik.
2. **Wie bekommen wir mehr Stabilität in die Währungsunion?**
3. **Welche wirtschaftspolitischen Weichenstellungen** helfen die **Flüchtlingszuwanderung zu bewältigen?**

**Warum ich mit der EZB beginne.** Ein Grund ist biografischer Natur. Ohne die EZB wäre ich vermutlich nie nach Frankfurt gezogen.

1999 arbeitete ich als Ökonom an der Fed, der amerikanischen Notenbank, in Washington, DC, - zu Alan Greenspans Zeiten. Damals ergab sich die Gelegenheit, einige Monate an die Forschungsabteilung der EZB zu gehen. Ein gemeinsames Projekt sollte klären: Was kann eine Notenbank tun, um eine Deflation zu bekämpfen, wenn sie den Leitzins bereits auf null Prozent gesenkt hat. Das war 1999. Natürlich

haben wir nicht gedacht, dies könnte 10 Jahre später in Europa und den Vereinigten Staaten Realität sein. Damals ging es um Japan.

Unsere Antwort, im Jahr 1999: Solange Bargeld eine Verzinsung von null Prozent bietet, hat die Notenbank wenig Spielraum negative Leitzinsen durchzusetzen. Aber sie kann Wertpapiere kaufen, um ihre Bilanz auszuweiten. Dies trägt dazu bei, dass die längerfristigen Marktzinsen fallen, die Währung abwertet, die Vermögenspreise steigen. Denn an den Finanzmärkten werden Portfolien in mehr ertragsversprechende, risikoreichere Anlagen umgeschichtet. Niedrige Zinsen setzen einen Anreiz, mehr zu konsumieren. Sparen lohnt sich weniger. Und mehr Nachfrage führt nach einer gewissen Zeit zu steigenden Preisen. Soweit die Theorie 1999.

2009 war es dann soweit. Die Notenbanken haben auf die Finanzkrise zu Recht mit Zinssenkungen und Wertpapierkäufen reagiert.

Wo stehen wir heute, 7 Jahre später? Deutschland geht es gut: Beschäftigung auf Rekordhöhe, niedrige Arbeitslosigkeit, und die Wirtschaft produziert am Leistungspotenzial.

Soll die EZB weiterhin jeden Monat Wertpapiere und Staatsanleihen für 60 Mrd Euro oder noch mehr aufkaufen? Die Antwort des deutschen Sachverständigenrats ist: Nein. Sie sollte die Aufkäufe verlangsamen und früher als geplant beenden.

Nicht allein deswegen, weil ihre Geldpolitik nicht nur für die deutsche Wirtschaft gilt. Die EZB muss sich an Wachstum und Inflation in Euroland insgesamt orientieren. Aber auch da sieht es nicht mehr so schlecht aus. Die Krisenländer, die frühzeitig reformiert und konsolidiert haben, insbesondere Spanien und Irland, aber auch Portugal erleben eine deutliche Erholung. Infolge der Staatsanleihekäufe sind die Zinsen

entlang der Zinsstrukturkurve jedoch stark gefallen. Am kurzen Ende liegen sie deutlich niedriger als einfache Regeln für die Zinspolitik, die man als Referenzgrößen heranziehen kann. Würde die EZB ähnlich wie in der Vergangenheit auf Inflation und Wachstum im Euro-Raum reagieren, wäre das massive Staatsanleihekaufprogramm nicht in Betracht gekommen.

Zudem ist die Kernrate der Inflation positiv. Rechnet man ohne den Ölpreis, liegt die Inflation seit einiger Zeit stabil um 1 Prozent. Und auf die Kernrate kommt es an. Sie gibt den Trend über eine mittlere Frist vor. Das ist der Zeithorizont der Geldpolitik.

Das niedrige Zinsniveau birgt Gefahren für die Finanzstabilität. Die aufgepumpten Vermögenspreise können sehr volatil auf Überraschungen reagieren. Der China-Schock und die Reaktion darauf an den Finanzmärkten ist ein gutes Beispiel dafür. Zudem wird das Geschäftsmodell der Banken und Versicherungen ausgehöhlt. Werden die Zinsen erst zu spät wieder erhöht, bedrohen sie die Solvenz des Bankensystems. Dort treffen dann steigende Einlagezinsen auf anhaltend niedrige Erträge aus dem Kreditbestand.

Entscheidend ist jedoch, Gelddrucken schafft kein dauerhaftes Wachstum. Besonders Italien, aber auch Frankreich leiden schon lange unter einer verkrusteten Wirtschaftsstruktur. Sie kommen deshalb nicht richtig in Fahrt. Hier müssen zügig Strukturreformen umgesetzt werden, die für mehr Flexibilität, mehr Markt und Wettbewerb sorgen. Es geht nicht nur allein um Wettbewerbsfähigkeit, sondern darum, die vorhandenen Ressourcen effizient einzusetzen. Ganz praktisch heißt das, den Menschen, die arbeiten wollen, die Hürden, die das verhindern, aus dem Weg zu räumen.

Die EZB weiß das natürlich. EZB Präsident Mario Draghi ruft regelmäßig zu marktorientierten Strukturreformen und zu einer konsequenten Konsolidierung der Finanzen auf. Leider läuft er mit der Billigzinspolitik Gefahr, dass sich die Regierungen auf den günstigen Finanzierungsbedingungen ausruhen und politisch schwierige Reformen aufschieben. Deshalb unser Rat, Anleihekäufe verlangsamen, nicht beschleunigen.

Zukunftsfähigkeit ergibt sich nicht aus einer ultra-lockeren Geldpolitik. Sie entsteht, wenn Markt und Wettbewerb ihre Kraft entfalten können. Im Sommer 1999 nannte die britische Wochenzeitschrift *The Economist* Deutschland noch den kranken Mann Europas. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als ich 2000 nach Deutschland kam, wie schwer es viele junge Leute in meinem Bekanntenkreis hatten, Arbeit zu finden.

Dezentrale Lohnverhandlungen und Lohnzurückhaltung haben die Wettbewerbsfähigkeit verbessert. Deutschland konnte die Beschäftigung trotz Finanz- und Eurokrise weiter steigern, weil vorher mit der Agenda 2010 die Steuern gesenkt und der Arbeitsmarkt reformiert wurden.

Während in Spanien, Irland und unter der Regierung Renzi endlich auch in Italien Strukturreformen umgesetzt werden, ruht sich Deutschland auf seinen Lorbeeren aus. Rente mit 63, Mütterrente, Mindestlohn und Mietpreisbremse erhöhen die Zukunftsfähigkeit nicht. Sie bewirken das Gegenteil. Nicht umsonst tragen unsere Jahresgutachten 2013 und 2014 die Titel: „Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik“ und „Mehr Vertrauen in Marktprozesse“. Und übrigens, was die Ungleichheit betrifft: vergleicht man die Einkommensungleichheit vor Steuern und Abgaben, mit der Einkommensungleichheit nach Steuern und Abgaben, so liegt Deutschland in Bezug auf Umverteilung international in der Spitzengruppe.

**Nun zur zweiten Frage** - Wie stellen wir die Währungsunion stabiler und damit zukunftsfähig auf? Stichwort **όχι**. Der Konfrontationskurs der griechischen Regierung und die nächtelangen Sitzungen europäischer Finanzminister und Regierungschefs in der ersten Jahreshälfte. Euro-Land war in Gefahr. Nicht weil die griechische Krise wirtschaftliche Ansteckungseffekte entfaltet hätte. Es ging um eine politische Ansteckung. Der Konsolidierungs- und Reformkurs sollte im ganzen Euro-Raum in Frage gestellt und gestoppt werden. Ziel war eine wirtschaftspolitische Kehrtwende. Dazu kam es nicht - dank der konsequenten Haltung der europäischen Partner und der deutschen Regierung. Aber das ist noch nicht ausgestanden. Nach den Wahlen in Portugal und Spanien ist noch unklar wie es dort weitergeht.

Im Sachverständigenrat haben wir einen Ordnungsrahmen entwickelt, der dafür sorgt, dass Verantwortung an den richtigen Stellen wahrgenommen wird. Das ist Voraussetzung für Stabilität. Wir nennen das Maastricht 2.0.

Will man vermeiden, dass einzelne Regierungen souveräne Entscheidungen treffen, deren finanzielle Konsequenzen die anderen Mitgliedsstaaten ausbaden müssen, ist ein einfacher Grundsatz zu beachten: Haftung und Kontrolle müssen auf einer Ebene liegen.

Eine mögliche Konstellation wäre, die fiskal- und wirtschaftspolitische Souveränität auf die europäische Ebene zu übertragen. Und gleichzeitig eine umfassende gemeinschaftliche Haftung einzuführen: Euro-Bonds. Dazu müssten wir eine effektive zentrale Entscheidungsgewalt auf europäischer Ebene schaffen. Diese europäische Regierung müsste die Macht haben, Steuererhöhungen, Ausgabenkürzungen oder Strukturreformen in jedem Mitgliedsstaat durchzusetzen.

Diese Lösung ist unrealistisch. Selbst in Ländern wie Griechenland, das finanziell am Tropf der europäischen Partner hängt, besteht das Wahlvolk darauf, möglichst viel auf nationaler Ebene souverän zu entscheiden. Und das gilt ebenso in anderen Mitgliedsländern.

Die andere Lösung ist, die Fiskal- und Wirtschaftspolitik in nationaler Souveränität zu belassen, dann aber jegliche gemeinsame Haftung für Staatsschulden auszuschließen. Dazu muss die Nicht-Beistandsklausel (no-bail-out) wiederbelebt werden. Auch dann wenn Mitgliedsstaaten von Liquiditäts- und Solvenzkrise betroffen sind.

Dazu dient Maastricht 2.0. Drei Säulen sollen Krisenprävention und Krisenmanagement verbessern. Eine Säule für die Stabilität des Finanzsystems, eine Säule für die fiskalische Stabilität und eine Säule für die Krisenbewältigung.

Positiv ist: Die bisherigen institutionellen Änderungen in der Währungsunion sind konsistent mit Maastricht 2.0.

Mit der Bankenunion wird Haftung und Kontrolle in der Bankenaufsicht und -abwicklung auf die europäische Ebene gehoben. Damit ist es schwieriger geworden, Risiken, die sich aus mangelnder Aufsicht und Regulierung auf nationaler Ebene ergeben, zum Beispiel aufgrund einer zu engen Verflechtung von Banken und staatlichen Akteuren, auf die europäischen Partner abzuschieben.

Es gibt noch Nachbesserungsbedarf. Die Banken sind massiv staatlichen Liquiditäts- und Insolvenzrisiken ausgesetzt. Die Privilegierung der Staatsschulden in der Bankenregulierung hat, zumindest in der Währungsunion, deshalb keine Zukunft. Banken sollten staatliche Risiken mit Eigenkapital unterlegen müssen. Klumpenrisiken

sollten mit Großkreditgrenzen vermieden werden. Der Sachverständigenrat hat dazu konkrete Vorschläge ausgearbeitet.

Die Fiskalpolitik bleibt in nationaler Verantwortung. Die bisherigen Reformen des Stabilitätspaktes gehen in die richtige Richtung. Die Regeltreue beim Abbau struktureller Haushaltsdefizite ist jedoch besonders wichtig. Die Zukunft des Euro- Raums wird sich vermutlich daran entscheiden, wie konsequent Altschulden abgebaut werden. Das geht nicht ohne Marktdisziplin. Der staatliche Schuldner muss es an den Risikoaufschlägen spüren, wenn er nicht zukunftsfähig wirtschaftet. Deshalb ist es so wichtig, die Nichtbeistandsregel zu stärken.

Das erfordert Nachbesserungen beim Krisenmechanismus, der dritten Säule von Maastricht 2.0. Der ESM bietet die Möglichkeit, Mitgliedsstaaten, die eine Liquiditäts- oder Solvenzkrise durchmachen, solidarisch zu unterstützen. Kredite gegen Auflagen zu vergeben. Aber private Investoren, die die Anleihen eines Mitgliedsstaates kaufen, sollten nicht das Risiko bei den Steuerzahlern der anderen Mitgliedsländer abgeben dürfen. Wenn die Schuldentragfähigkeit nicht mehr gegeben ist, muss es zu Schuldenschnitten zu Lasten privater Investoren kommen können. Um dies geordnet durchführen zu können, muss man den Rettungsmechanismus mit einem Insolvenzmechanismus ergänzen.

Ich bin durchaus optimistisch, dass es uns gelingen kann, die Währungsunion so aufzustellen, dass Haftung und Kontrolle wieder zusammen gehören. Eine dauerhaft fehlende Kooperationsbereitschaft eines Mitgliedsstaates würde jedoch die Existenz der Währungsunion bedrohen. Als ultima ratio muss deshalb der Austritt möglich sein.



Dies lässt sich übrigens nicht nur für den Euro-Raum, sondern auch für den Schengen-Raum sagen. Benannt ist er nach einer Gemeinde in Luxemburg, in deren Nähe die Benelux-Länder, Frankreich und Deutschland erstmals 1985 den schrittweisen Abbau von Grenzkontrollen an den Innengrenzen beschlossen haben.

Damit wären wir bei der **dritten und letzten Frage: Wie können die wirtschaftlichen Herausforderungen der Flüchtlingszuwanderung am besten bewältigt werden?**

Vorneweg: zwei Themen, die man dabei trennen muss, werden ständig durcheinander gebracht. Zum einen die humanitäre Herausforderung, Menschen zu helfen, die vor Krieg oder persönlicher Verfolgung fliehen, und zum anderen die demographische Herausforderung, die aus der Alterung der europäischen Bevölkerung resultiert.

Anscheinend befürchten manche Kommentatoren, die Bereitschaft, denen, die Not leiden, zu helfen, wäre nicht ausreichend vorhanden. Deshalb verweisen sie auf den Eigennutz. Dann heißt es, die Zuwanderung von Asylsuchenden wäre die Lösung für das Demographie-Problem. Insbesondere für Deutschland wäre das **die Chance**. Die Asylsuchenden würden bald in Arbeit kommen, das alternde Personal ersetzen und die Wirtschaft stärken. Die Integration ist jedoch ein schwieriger und langer Prozess. Bei den vollmundigen Versprechungen sind Enttäuschungen vorprogrammiert. Damit verkehrt sich ihre Wirkung in der Öffentlichkeit bald ins Gegenteil.

Bezüglich der Alterung der Bevölkerung liegt es in der Verantwortung des jeweiligen Mitgliedsstaats der Union, dafür zu sorgen, dass das

Rentensystem nachhaltig finanzierbar ist und die Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige Wirtschaft gegeben sind. Notwendig ist zuerst einmal, dass die Lebensarbeitszeit mit der längeren Lebenserwartung Schritt hält. Die Rente mit 63 geht in die falsche Richtung. Zweitens, die Rahmenbedingungen (z.B. Kinderbetreuung, Ganztagschulen) müssen so sein, dass mehr Frauen eine Arbeitsstelle annehmen können. Drittens, Arbeitsmigration. Es gilt, Menschen dafür zu gewinnen, bei uns mitzuarbeiten. In der EU sind die Bürger schon frei, sich in anderen Mitgliedsländern auf die Suche nach Arbeit zu machen. Die Arbeitszuwanderung von außerhalb der EU muss sich jedoch an den konkreten Knappheiten in unserem Arbeitsmarkt orientieren.

Zur Frage, ob Deutschland dafür gut aufgestellt ist, möchte ich einmal einen anderen Sachverständigenrat zitieren, und zwar den Sachverständigenrat der deutschen Stiftungen für Integration und Migration. In seinem Gutachten „Unter Einwanderungs-ländern: Deutschland im internationalen Vergleich“ urteilt er folgendermaßen:

„Deutschland hat in den vergangenen Jahren, ohne groß darüber zu sprechen, ein fortschrittliches migrationspolitisches Instrumentarium entwickelt, das mit dem allgemein als vorbildlich eingestuften kanadischen Einwanderungsregime ohne Weiteres Schritt halten kann.“ .. „Die Türen sind offen für die Talente der Welt“.

Demnach benötigen wir kein neues Einwanderungsgesetz.

Die ideale Arbeitsmigration ist übrigens die Zuwanderung ausländischer Studierender. Sie haben beim Abschluss des Studiums bereits die ersten Integrationsschritte hinter sich. An der Goethe-

Universität in Frankfurt bieten wir in den Wirtschaftswissenschaften bereits mehrere Studien-programme auf Englisch an. Wir können dabei aus vielen ausländischen Bewerbern die Besten auswählen. So ist es wenig überraschend, dass zu meinem Team in den letzten Jahren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gehörten, die aus Russland, Rumänien, China, Albanien, Süd-Korea, Kamerun, Italien und der Türkei zu uns gekommen sind.

Soweit zur Arbeitsmigration. Nun zur humanitären Herausforderung.

Hier gilt es, Kriegsflüchtlingen und Verfolgten angemessen zu helfen. Das Asylrecht ist nicht dafür da, eine nahezu unkontrollierte Zuwanderung aus wirtschaftlichen Motiven zu ermöglichen. Wenn dies geduldet wird, dann werden zwangsläufig weniger von den Menschen Schutz bekommen, die es am dringendsten benötigen.

Der Sachverständigenrat für Wirtschaft hat sich mit der Frage beschäftigt, ob Deutschland die wirtschaftlichen Herausforderungen der Flüchtlingszuwanderung meistern kann.

Unsere Einschätzungen und Berechnungen gehen von einer konsequenten Reduktion der Flüchtlingszuwanderung aus. Im Basisszenario von einer Million in 2015, auf 200.000 in 2020. Dahinter steht die Aufforderung an die Politik, Maßnahmen zu treffen, die eine deutliche Reduktion der Zuwanderung bewirken. Diese Maßnahmen fallen allerdings in Politikbereiche, die außerhalb unseres Begutachtungsauftrags liegen.

Die direkten staatlichen Ausgaben für Flüchtlinge und Asylsuchende haben wir für die beiden Jahre 2015 und 2016 auf 15 bis 23 Mrd € geschätzt. Das sind 0,5 bis 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts,

auf zwei Jahre verteilt. Auch wenn man höhere Sätze pro Asylsuchende als wir anlegt, sind diese Beträge für Deutschland verkraftbar. Und zwar ohne Steuererhöhungen und höhere Schulden.

Es wäre falsch, das als Konjunkturprogramm zu bejubeln. Ein Konjunkturpaket ist schon deswegen fehl am Platz, weil die deutsche Wirtschaftsleistung bereits am Potenzial liegt. Zudem werden die Effekte auf die Gesamtwirtschaft voraussichtlich klein bleiben, bei etwa 0,1% des Bruttoinlandsprodukts.

Wie sieht es mit den Integrationschancen aus? Anerkannte Asylbewerber erhalten dieselben sozialen Grundleistungen wie deutsche Staatsangehörige und der Arbeitsmarkt steht ihnen offen. Arbeit ist entscheidend für Teilhabe an und Integration in die Gesellschaft. Das wird nicht einfach, sondern ein lang andauernder Prozess.

Nach den verfügbaren Daten ist die berufliche Qualifikation der Flüchtlinge deutlich geringer als bei anderen Ausländergruppen. Unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Erwerbslosen aus den Kriegs- und Bürgerkriegsländern hatten 71 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung. (Das galt für 87% der Erwerbslosen aus diesen Ländern.) Bei der schulischen Bildung sieht es wohl ebenfalls häufig nicht gut aus. Der Bildungsökonom Ludger Wößmann berichtet auf der Basis einer internationalen Vergleichsstudie für die OECD folgendes:

„In Syrien erreichen 65 Prozent der Schülerinnen und Schüler nicht die absoluten Grundkompetenzen (OECD-PISA Kompetenzstufe 1, Albanien 59%, Deutschland 16%). Diese Differenz – wohlgemerkt

unter Gleichaltrigen – entspricht in etwa dem, was Schülerinnen und Schüler im Durchschnitt in vier bis fünf Schuljahren lernen.“

Gegeben diese Ausgangssituation muss man die Möglichkeiten realistisch einschätzen.

Der Sachverständigenrat rechnet eine Reihe von Szenarien zur Arbeitsmarktintegration durch. Also Szenarien, nicht Prognosen, um zu zeigen, wie sich unterschiedliche Maßnahmen auf die Arbeitsmarktintegration auswirken. Wohlgemerkt, immer auf der Grundlagen eines zügigen Rückgangs der Flüchtlingszuwanderung.

Nach 5 Jahren liegt die Bandbreite dieser Szenarien bei 300 bis 350 Tausend mehr Arbeitslosen und 250 bis 500 Tausend mehr Beschäftigten.

Um ein eher günstiges Szenario zu erzielen, müssten möglichst viele Hürden für den Einstieg in dem Arbeitsmarkt beseitigt oder reduziert werden:

- Die Asylverfahren sollten beschleunigt und abgelehnte Bewerber nicht geduldet werden.
- Sprachkurse und spezielle Ausbildungsmaßnahmen sind notwendig, da viele junge anerkannte Asylbewerber wohl nicht in der Lage wären, übliche Ausbildungsgänge erfolgreich zu absolvieren.
- Die Produktivität vieler anerkannter Asylbewerber wird unter dem Mindestlohn von 8,50 € liegen. Es wäre also völlig verfehlt, den Mindestlohn noch weiter zu erhöhen. Falsch wäre es zudem, staatliche Beschäftigungsprogramme aufzulegen oder Frankreich zu folgen und die Beschäftigung zum Mindestlohn staatlicherseits zu subventionieren. Dort werden

bereits 2% des Bruttoinlandsprodukts dafür ausgegeben, die Sozialversicherungsbeiträge dieser Beschäftigten zu subventionieren. Das ist eine echte Belastung für die Wirtschaft, eine richtige Wachstumsbremse.

Der Sachverständigenrat hat eine Reihe moderater Vorschläge gemacht, mit denen die Hürde Mindestlohn reduziert werden könnte. Dabei geht es nicht um eine Privilegierung von Flüchtlingen!

- Arbeitssuchende anerkannte Flüchtlinge sollten von Anfang an als langzeitarbeitslos betrachtet werden,
- die Ausnahme vom Mindestlohn für Langzeitarbeitslose in einer neuen Beschäftigung sollte von 6 auf 12 Monate verlängert werden.
- Praktika sollten zumindest bis zu einer Dauer von 12 Monaten vom Mindestlohn ausgenommen werden.
- Ein nach Alter gestaffelter Mindestlohn, wie es ihn in Großbritannien und den Niederlanden bereits gibt, würde die Eintrittsbarriere für alle jungen Arbeitssuchenden senken.

Abschließend. Auch wenn ich einige ernüchternde Fakten und Bewertungen vorgestellt habe. Es ist kein Hexenwerk, Deutschland und Europa wirtschaftlich zukunftsfähig aufzustellen. Wir dürfen mit einem gewissen Optimismus gepaart mit einer realistischen Einschätzung in das neue Jahr schauen.

Dabei wäre zu beachten:

1. Die Geldpolitik allein kann nicht für dauerhaftes Wachstum sorgen. Aber Wachstum kann gelingen, wenn die Krisenstaaten des Euro-Raums und Deutschland Strukturreformen umsetzen, die für mehr Markt und Wettbewerb sorgen.
2. Die EZB allein kann die Währungsunion nicht zusammenhalten. Aber eine stabile Union ist möglich, wenn mehr Regeltreue und mehr Marktdisziplin erreicht werden, weil Haftung und Kontrolle wieder zusammen gehören.
3. Die Flüchtlingszuwanderung löst nicht die demographischen Probleme der Mitgliedsstaaten des Euro-Raums. Aber wenn die Mitgliedsstaaten gemeinsam die Zuwanderung reduzieren und in eigener Verantwortung Arbeitsmarkt und Rentensystem reformieren, können beide Herausforderungen gemeistert werden.